

Prof. Dr. Konrad Hagedorn

Humboldt-Universität zu Berlin
Luisenstr. 56
10099 Berlin
030 – 2093 6320
k.hagedorn@agrar.hu-berlin.de

Lebenslauf

Geb. am 15. Dezember 1948

Universitätsprofessor, Professor für Ressourcenökonomie

Wissenschaftlicher Werdegang

- 1967 Abitur am Gymnasium Papenburg/Ems
- 1968 – 75 Studium der Agrarwissenschaften an der Universität Göttingen, Diplom-Agraringenieur (Dipl.-Ing.agr.)
- 1979 Promotion an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen, Doktor der Agrarwissenschaften (Dr. sc. agr.)
Thema: Agrarsozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Kritik und Alternativmodelle zur Alterssicherung in der Landwirtschaft
- 1990 Habilitation am Fachbereich Agrarwissenschaften der Georg-August Universität Göttingen, Dr. sc. agr. habil. Thema: Das Institutionenproblem in der agrarökonomischen Politikforschung

Wissenschaftliche Tätigkeit seit Abschluss des Studiums

- 1976 – 79 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Agrarökonomie, Abteilung Agrarpolitik, der Georg-August-Universität Göttingen
- 1980 Sachverständiger im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Gutachten zur Situation und Reform der agrarsozialen Sicherung (1976-1979) 1980 Gastwissenschaftler am Department of Agricultural and Resource Economics der University of California, Berkeley (USA)
- 1981 – 94 Verschiedene Dienststellungen am Institut für Strukturforschung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode (FAL)
- 1989 – 91 Lehrstuhlvertretung in der Abteilung Marktlehre im Institut für Gartenbauökonomie der Universität Hannover

- 1992 – 93 Mitglied des Senats der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode (FAL)
- 1993 – 94 Wissenschaftlicher Direktor und Professor an der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode (FAL)
- 1994 – 99 Special Chair in „Socio-economic Aspects of Transformation Processes in Central and Eastern European Agriculture“ am Department of Agricultural Economics der Landwirtschaftlichen Universität Wageningen, Niederlande
- seit 1994 Universitätsprofessor an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin
- seit 1994 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin

Arbeitsgebiet

Forschung, Lehre und Beratung zu Fragen Umwelt- und Ressourcenökonomie

Schwerpunkt: Institutionenökonomie

Weitere Berufserfahrungen

Experten-, Beratungs- und Gutachtertätigkeit für verschiedene nationale und internationale Institutionen, Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Vorstand des Schwerpunkts Ökologie der Agrarlandschaften der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin

Wissenschaftlicher Beirat des Instituts für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa Halle/Saale (IAMO)

Herausgeber-Beirat der Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht

Mitglied des Institutsrats des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin

Mitglied des Prüfungsausschusses der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin

Vortrag: Nachhaltige Landwirtschaft durch institutionellen Wandel

Die Erreichung einer nachhaltigen Landnutzung wird meist als eine Frage des Einsatzes geeigneter politischer Instrumente betrachtet. Übersehen wird dabei häufig, dass die Entscheidungen politischer wie auch anderer Akteure dem Einfluss von Institutionen, also von Regeln und Arrangements, unterliegen, die sich für den vergleichsweise neuen Problembereich der Agrarumweltkoordination noch nicht adäquat herausgebildet haben. Sie zu entwickeln, erfordert organisierte Institutionalisierungs- und Lernprozesse. Die konzeptionellen Grundlagen für derartige Prozesse der Institutionenbildung werden im vorliegenden Ansatz anhand einer Sequenz aufeinander aufbauender Überlegungen dargestellt:

Die Kernfragen des erörterten institutionellen Wandels sind, welche Verfügungs- und Nutzungsrechte an den Nutzen- und Kostenströmen der Inanspruchnahme des Naturkapitals und der Ökosystemfunktionen etabliert und durch welche Governance-Strukturen sie koordiniert werden. Dabei gibt es gewisse Anhaltspunkte dafür, dass integrative Institutionen im Unterschied zu segregativen Institutionen eine konstruktive Rolle bei der Herstellung von Nachhaltigkeit spielen. Sie könnten die im Zuge der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung abnehmende Verbundenheit der Produktion von nicht vermarktbar Ökosystemleistungen und vermarktbar Ökosystemleistungen, also Multifunktionalität, institutionell wiederherstellen. Welche Institutionen sich im Zuge eines solchen Prozesses herausbilden, wird durch das Zusammenwirken zweier Komplexe von Einflußfaktoren bestimmt. Dies sind die Eigenschaften der Transaktionen zwischen dem sozialen und dem ökologischen System und die Charakteristika der daran beteiligten Akteure.

Institutioneller Wandel im Bereich der Koordination von Landnutzungsaktivitäten mit den Schutzansprüchen der natürlichen Umwelt wird demnach als eine Reaktion auf technologischen und ökonomischen Wandel auf der einen Seite und gesellschaftlichen und politischen Wandel auf der anderen Seite aufgefaßt. Um die Beziehungen und das Wechselspiel zwischen diesen Faktoren analysieren zu können, ist ein Konzept notwendig, das folgende Aspekte in den Mittelpunkt rückt:

(1) Die Veränderungen institutioneller Arrangements, die sich aufgrund einer Koevolution zwischen sozialen und ökologischen Systemen ergeben, beeinflussen die Herausbildung und Verteilung von Verfügungs- und Nutzungsrechten an Naturkomponenten, oder genauer gesagt, an denjenigen Kosten- und Nutzenströmen, die von natürlichem Kapital und den Leistungen des Ökosystems ausgehen (Beispiel: trade-offs zwischen der Verringerung von Stickstoffbilanzüberschüssen durch Einschränkung der Stickstoffdüngung und Zwischenfruchtanbau und Einbußen bei den Deckungsbeiträgen). Die Property-Rights-Regimes entwickeln sich offenbar zu einem immer höheren Grad der Differenzierung, d.h. Nutzungs- und Verfügungsrechte gelten längst nicht mehr allein für physische Güter wie Land, sondern werden explizit oder implizit für vielfältige Dimensionen und zahlreiche Details der Landnutzung definiert.

(2) Notwendigerweise werden diese Veränderungen in den Property Rights an Ökosystemfunktionen begleitet durch ihnen entsprechende Änderungen der Governance Structures, vor allem aus zwei Gründen: Erstens müssen Verfügungs- und

Nutzungsrechte an solchen Naturkomponenten oder –leistungen (die ihnen entsprechenden Kosten- und Nutzenströme), wie jede andere Art von Property Rights, überwacht, garantiert und sanktioniert werden, wenn sie effektiv sein und nicht nur formaler Natur bleiben sollen. Zweitens können die beteiligten Akteure nur dann von ihren Rechten und Ansprüchen Gebrauch machen, und analog werden sie nur dann ihre Pflichten und Verpflichtungen erfüllen, wenn die entsprechenden Transaktionen koordiniert und organisiert werden. Dies bedeutet, dass geeignete Koordinationsmechanismen gegeben sein müssen (Beispiel: Landwirte werden sich nur an Düngungsbeschränkungen und Fruchtfolgevorgaben halten, wenn es ein funktionierendes System für die Messung und das Monitoring der entsprechenden Effekte, für die Informationsvermittlung und Administration, zur Gewährung positiver und/oder negativer Anreize, d.h. Beihilfen und/oder Bestrafungen, usw. gibt).

(3) Ähnlich wie die Property-Rights-Regimes, wie oben erwähnt, immer differenzierter werden, kommt es auch zu einer zunehmenden Differenzierung der Governance Structures. Sie reichen von der selbstorganisierten Koordination (z.B. durch Umweltgenossenschaften) bis zur staatlichen Regulierung (z.B. durch Umweltbürokratien), und ihr Wirkungsbereich bezieht sich nicht nur auf die Implementation von umweltpolitischen Instrumenten, sondern auch auf den gesamten Entscheidungsprozess zur Einführung von Umweltpolitiken, der auf den verschiedenen Ebenen des Föderalismus stattfindet. Das neuerdings in der Institutionenökonomie intensiv diskutierte Policentricity-Konzept mag in Bezug auf die Governance-Strukturen zur Hervorbringung von Nachhaltigkeit wegweisend sein.

(4) Es stellt sich die Frage, ob Nachhaltigkeits-orientierte Institutionen besondere Merkmale aufweisen. Diese Frage führt zu der Unterscheidung zwischen integrativen und segregativen Institutionen. In ihrer Wirkung können Institutionen integrativ oder segregativ sein in Bezug auf verschiedene Bereiche und Beziehungen, und ferner in unterschiedlichem Grade. In der Realität sind integrative und segregative Institutionen vielfach kombiniert und verwoben. Die integrative Wirkung von Institutionen kann sich auf den Bereich der Natur beziehen und ist hier relevant für die Vermeidung von Externalitäten, trägt also zur Internalisierung von Handlungsfolgen bei. Sie kann sich aber auch auf den Bereich der Akteure beziehen und beinhaltet die Vermeidung von Opportunismus, fördert also Kooperation im Sinne der Einhaltung von Regeln.

(5) Multifunktionalität der Landwirtschaft wird allgemein verstanden „jointness of production“ von „commodities“ und „non-commodities“. Beiträge des Agrarsektors zur Nachhaltigkeit durch multifunktionale Landwirtschaft können als „joint production“ innerhalb derselben Produktionsaktivität erfolgen; dies wird als „technical jointness“ bezeichnet. Sie kann aber auch durch „separate production“ in verschiedenen Produktionsaktivitäten geschehen, die gemeinsam institutionalisiert sind. Hierfür wurde der Begriff „institutional jointness“ gewählt. Der Grad der Verbundenheit der Produktion fällt im Laufe der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung durch ein Zusammenspiel segregativer technologischer und ebenfalls segregativer institutioneller Faktoren. Die Bereitstellung multipler Leistungen in nicht-trennbaren Bündeln ist eine

charakteristische Eigenschaft von Ökosystemen. Da aber der Ausschluss von Ökosystemleistungen ohne Gewinnbeitrag für ökonomische Akteure rational ist, suchen sie nach Opportunitäten zur Separierung von „commodities“ und „non-commodities“. Die segregativen Institutionen „Markt und Wettbewerb“ selektierten infolgedessen solche Innovationen, die eine Diskriminierung zwischen den o.g. Typen von „commodities“ erleichterten.

(6) Hieraus folgt die Frage, ob ein Ersatz der verminderten „technical jointness“ durch vermehrte „institutional jointness“ möglich, eine gestärkte Multifunktionalität durch integrative Institutionen wieder herstellbar ist. Welche institutionellen Arrangements tatsächlich entstehen, hängt maßgeblich von den Eigenschaften und Implikationen der Transaktionen ab, die die Natur und das Ökosystem tangieren (Beispiel: Auswaschung von Nitraten in das Grundwasser). Der Vorgang der institutionellen Evolution und Innovation wird maßgeblich beeinflusst durch die physischen Eigenschaften und die materiellen Umwandlungen, mit denen Umweltgüter und Umweltungüter, Leistungen und Schäden in Verbindung stehen. Technologische Innovationen und struktureller Wandel bedingen permanente Veränderungen dieser Charakteristika von Transaktionen.

(7) Gleichzeitig hängt der institutionelle Wandel in diesem Bereich von den Charakteristika und den Zielvorstellungen der Akteure ab, die an diesen Transaktionen in irgendeiner Weise beteiligt sind (Beispiel: Landwirte, die die Auswaschung von Nitrat durch eine hohe Stickstoffdüngung oder durch eine ungünstige Fruchtfolge ohne Zwischenfrüchte verstärken). Dies gilt nicht nur für individuelle Akteure, dessen Werte, Interessen und Handlungsressourcen, mit denen sie Einfluss ausüben können, gewöhnlich unterschiedlich sind, sondern auch für Gruppen wie Verbände oder Kommunen, die mit Hilfe ihrer Organisationsstrukturen und Netzwerke versuchen, die Gestaltung von Institutionen im Sinne ihrer Gruppenziele zu beeinflussen.